



Abteilung Europa 11.02.2026

Chronologie der Beziehungen Schweiz-EU

2026	2
2025	2
2024	4
2023	5
2022	7
2021	9
2020	11
2019	12
2018	14
2017	15
2016	17
2015	19
2014	22
2013	25
2012	26
2011	28
2008–2010	29
2004–2007	31
1994–2003	33
1951–1993	34

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

2026	Schweiz	EU
11.02.2026	<p>Der Bundesrat hat am 11. Februar 2026 Anpassungen am inländischen Massnahmenpaket zur Sicherung des Lohnschutzes im Rahmen des Pakets Schweiz - EU (Bilaterale III) beschlossen. Betroffen ist die «Massnahme 14», welche die Sozialpartnerschaft im Betrieb stärkt. Die Anpassungen stützen sich auf die Resultate der Vernehmlassung und sind das Resultat intensiver Gespräche mit den Sozialpartnern in den letzten Monaten. Sie fliessen in die Botschaft zum Paket Schweiz - EU (Bilaterale III) ein.</p> <p>Medienmitteilung, 11.02.2026</p>	
2025	Schweiz	EU
05.12.2025	<p>An seiner Sitzung vom 5. Dezember 2025 führte der Bundesrat eine Diskussion über die Ergebnisse der Vernehmlassung zum Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (Bilaterale III)». Der Bundesrat stellte fest, dass eine klare Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmenden das Paket Schweiz–EU befürwortet. Hinsichtlich der inländischen Umsetzung der Abkommen wurden mehrere Klarstellungen und Verbesserungen gefordert. Nach eingehender Prüfung dieser Anträge beschloss der Bundesrat, gewisse Anpassungen vorzunehmen.</p> <p>Medienmitteilung, 05.12.2025</p>	
10.11.2025	<p>Bundesrat Guy Parmelin und EU-Kommissarin Ekaterina Zaharieva haben am 10. November 2025 in Bern das Programmabkommen Schweiz-EU unterzeichnet. Als vorgezogener Teil des Pakets Schweiz-EU kann das Abkommen damit rückwirkend auf Anfang 2025 vorläufig angewendet werden. Damit ist die Schweiz an Horizon Europe, am Euratom-Programm und am Digital Europe Programm assoziiert. Zudem ebnet das Abkommen den Weg für eine Assoziierung an ITER, Erasmus+ und EU4Health.</p> <p>Medienmitteilung, 10.11.2025</p>	
15.10.2025	<p>An seiner Sitzung vom 15. Oktober 2025 hat der Bundesrat Massnahmen zur Stärkung der Mitwirkung der Kantone und des Parlaments an der Aussenpolitik des Bundes im Zusammenhang mit dem Paket Schweiz–EU diskutiert. Er legte die nächsten Schritte für den Abschluss einer Vereinbarung mit den Kantonen und den Ausbau der Informationsprozesse gegenüber den parlamentarischen Kommissionen fest. Die Vorschläge werden in die Botschaft aufgenommen, die der Bundesrat dem Parlament voraussichtlich im März 2026 vorlegen wird.</p> <p>Medienmitteilung, 15.10.2025</p>	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

13.06.2025	<p>Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 13. Juni 2025 die Abkommen des Pakets zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) gutgeheissen und die Vernehmlassung eröffnet. Nachdem die Schweiz im Dezember 2024 die Verhandlungen mit der EU erfolgreich abschliessen konnte, hat der Bundesrat die Umsetzungs-gesetzgebung, inklusive Begleitmassnahmen, finalisiert. Die offenen Fragen in Bezug auf den Lohnschutz, die Zuwanderung, den Strom und die Art des Referendums konnten in den letzten fünf Monaten entschieden und der Öffentlichkeit präsentiert werden. Die Vernehmlassung dauert bis zum 31. Oktober 2025. Mit dem Paket strebt der Bundesrat eine für die Schweiz massgeschneiderte, sektorielle Beteiligung am EU-Binnenmarkt und Kooperationen in ausgewählten Bereichen an. In Anbetracht der unruhigen Weltlage sind gute Beziehungen mit den Nachbarstaaten zentral.</p> <p>Medienmitteilung, 13.06.2025</p>	
21.05.2025	<p>Die Chefunterhändler der Schweiz und der Europäischen Union (EU) Patric Franzen und Richard Szostak sowie die Schweizer Co-Verhandlungsführenden aus den zuständigen Bundesämtern haben am 21. Mai 2025 in Bern die Abkommen des Pakets Schweiz-EU paraphiert. Mit der Paraphierung wurde der Verhandlungsprozess mit der EU formell abgeschlossen. Der Bundesrat wird vor dem Sommer über die Gutheissung der Abkommen und die Eröffnung der Vernehmlassung entscheiden und die Texte veröffentlichen.</p> <p>Medienmitteilung, 21.05.2025</p>	
14.05.2025	<p>Nachdem der Bundesrat die Schutzklausel in den Verhandlungen mit der EU konkretisiert hatte, nahm er am 14. Mai 2025 deren inländische Umsetzung zur Kenntnis. Er muss die Auslösung der Schutzklausel im Personenfreizügigkeitsabkommen (FZA) prüfen und geeignete Schutzmassnahmen vorschlagen, wenn etwa die Nettozuwanderung, die Arbeitslosigkeit oder der Sozialhilfebezug gewisse Schwellenwerte überschreiten. Zudem kann der Bundesrat die Auslösung der Schutzklausel prüfen, wenn weitere Indikatoren darauf hindeuten, dass die Personenfreizügigkeit mit der EU zu schwerwiegenden wirtschaftlichen oder sozialen Problemen in der Schweiz führen. Diese inländische Umsetzung der Schutzklausel soll in die Vernehmlassungsvorlage für das Gesamtpaket mit der EU aufgenommen werden.</p> <p>Medienmitteilung, 14.05.2025</p>	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

30.04.2025	<p>Der Bundesrat hat am 30. April 2025 eine weitere Standortbestimmung zu den laufenden Arbeiten am Paket Schweiz–EU vorgenommen. Er hat entschieden, die völkerrechtlichen Verträge mit der Europäischen Union (EU) dem fakultativen Staatsvertragsreferendum zu unterstellen. Damit setzt der Bundesrat ein Zeichen der politischen Kontinuität und Kohärenz und wahrt den Handlungsspielraum für Parlament und Kantone. Die endgültige Entscheidung über die Referendumsart wird im Rahmen der parlamentarischen Beratungen erfolgen.</p> <p>Medienmitteilung, 30.04.2025</p>	
10.04.2025	<p>An seiner Sitzung vom 9. April 2025 hat der Bundesrat das EU-Programmabkommen (EUPA) und die dazugehörigen Protokolle in den Bereichen Bildung, Forschung, Innovation und Gesundheit gutgeheissen. Ausserdem hat er Bundesrat Guy Parmelin ermächtigt, dieses Abkommen zu unterzeichnen. Die Unterzeichnung wird eine rückwirkende Assoziierung per 1. Januar 2025 an Horizon Europe, dem Euratom-Programm und dem Digital Europe Programme ermöglichen. Das Abkommen tritt mit der Ratifizierung des Pakets Schweiz-EU in Kraft.</p> <p>Medienmitteilung, 10.04.2025</p>	
21.03.2025	<p>Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 21. März 2025 das Massnahmenpaket zur Sicherung des Lohnschutzes verabschiedet. Vierzehn Massnahmen sollen in die Vernehmlassungsvorlage für das Gesamtpaket mit der EU aufgenommen werden. Auf 13 dieser Massnahmen haben sich die Sozialpartner und die Kantone verständigt. Der Bundesrat schlägt eine weitere Massnahme als Teil des Gesamtpakets vor.</p> <p>Medienmitteilung, 21.03.2025</p>	
2024	Schweiz	EU
20.12.2024	<p>Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 20. Dezember 2024 mit Befriedigung Kenntnis genommen vom materiellen Abschluss der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union. Er stellt fest, dass die Schweizer Delegation unter der Leitung von Chefunterhändler Patric Franzen die im Verhandlungsmandat festgesetzten Ziele erreicht hat. Der Bundesrat hat die betroffenen Departemente beauftragt, die für einen formellen Abschluss der Verhandlungen notwendigen Schritte vorzubereiten.</p> <p>Medienmitteilung, 20.12.2024</p>	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

06.11.2024	<p>Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 6. November 2024 eine vertiefte Diskussion über den Stand der Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) und die Arbeiten im Hinblick auf die interne Umsetzung des Pakets geführt. Die Verhandlungen sind bei den meisten Dossiers weit fortgeschritten. In den Bereichen Personenfreizügigkeit, Strom und Schweizer Kohäsionsbeitrag wird intensiv weiterverhandelt, um übereinstimmende Positionen zu erzielen. Bei den internen Umsetzungsarbeiten und den Gesprächen mit den Kantonen, den Sozial- und Wirtschaftspartnern sowie relevanten Interessengruppen wurden in mehreren Bereichen Fortschritte erzielt.</p> <p>Medienmitteilung, 06.11.2024</p>	
26.06.2024	<p>Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 26. Juni 2024 eine Standortbestimmung zu den Verhandlungen mit der EU und zu den Arbeiten im Hinblick auf die interne Umsetzung des Pakets vorgenommen. Die laufenden Gespräche zu Schlüsselthemen mit den Interessengruppen in der Schweiz werden weitergeführt. Zudem hat der Bundesrat die Arbeiten zur Überführung der einzelnen Paketelemente in das Schweizer Recht eingeleitet.</p> <p>Medienmitteilung, 26.06.2024</p>	
18.03.2024	<p>Bundespräsidentin Viola Amherd und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen haben am Montag, 18. März 2024, die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU in Anwesenheit der Chefunterhändler beider Seiten offiziell eröffnet.</p> <p>Medienmitteilung, 18.03.2024</p>	
08.03.2024	<p>Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 8. März 2024 das endgültige Mandat für die Verhandlung mit der EU verabschiedet. Das verabschiedete Mandat berücksichtigt die Ergebnisse der Konsultation der Aussenpolitischen Kommissionen (APK) und anderer interessierten Kommissionen des Parlaments, der Kantone sowie die Stellungnahmen der Sozial- und Wirtschaftspartner.</p> <p>Medienmitteilung, 08.03.2024</p>	
2023	Schweiz	EU
15.12.2023	<p>Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 15. Dezember 2023 den Entwurf eines Mandates für Verhandlungen mit der EU verabschiedet. Das Mandat enthält die Leitlinien für die Verhandlungen. Diese sollen beginnen, sobald das Mandat nach Konsultation des Parlaments und der Kantone definitiv verabschiedet worden ist.</p>	
14.12.2023	<p>Die Übergangslösung mit der Europäischen Eisenbahnagentur (ERA) wird bis Ende 2024 verlängert. Sie ermöglicht gemeinsame Fahrzeugzulassungen und Sicherheitsbescheinigungen für den grenzüberschreitenden Personen- und Güterverkehr.</p>	
05.12.2023	<p>Am 5. Dezember 2023 hat in Bern die 18. Sitzung des Gemischten Ausschusses zum Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA) stattgefunden. Die Schweiz und die EU haben über die Umsetzung des Abkommens und die Entwicklungen in der EU-Gesetzgebung gesprochen.</p>	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

29.11.2023	An seiner Sitzung vom 29. November 2023 hat der Bundesrat beschlossen, ab April 2024 den Bestand des schweizerischen Kontingents im Rahmen der KFOR mit 20 zusätzlichen Armeeeingehörigen zu verstärken. Der Bestand wird erhöht, um die Transporteinheit zu ersetzen, die Österreich im Frühling 2024 von der Mission zurückzieht. Die Zusatzkosten für die Erhöhung des Maximalbestands werden durch das Budget des VBS gedeckt.	
22.11.2023	An seiner Sitzung vom 22. November 2023 hat der Bundesrat beschlossen, die im Freizügigkeitsabkommen vorgesehene Schutzklausel gegenüber Arbeitskräften aus Kroatien auch im nächsten Jahr anzuwenden. Es werden gleich viele Bewilligungen zur Verfügung stehen wie im Jahr 2023.	
21.11.2023	Staatssekretär Alexandre Fasel wurde am 21. November 2023 in Brüssel vom Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), Stefano Sannino, zu den zweimal jährlich stattfindenden Konsultationen über die Aussen- und Sicherheitspolitik empfangen. Anlässlich dieses Treffens vereinbarten die beiden Gesprächspartner einen strukturierten Dialog über Sicherheits- und Verteidigungsfragen mit dem Ziel einzurichten, die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu verstärken. Sie tauschten sich ausserdem über die Zusammenarbeit und Solidarität angesichts der aktuellen Krisen sowie über multilaterale Fragen aus.	
13.11.2023	Staatssekretär Alexandre Fasel reiste am Montag, 13. November 2023, nach London, um den jährlichen strategischen Dialog zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich zu führen. Er traf sich dort mit Christian Turner und Peter Wilson, dem Politischen Direktor respektive dem Direktor für Europa im britischen Ausussenministerium. Im Zentrum standen die intensiven und vielfältigen bilateralen Beziehungen, das Weltgeschehen und europäische Fragen. Der Austausch diente in erster Linie dazu, die politische, wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zu vertiefen.	
08.11.2023	An seiner Sitzung vom 8. November 2023 prüfte der Bundesrat die Ergebnisse der am 27. Oktober 2023 beendeten Sondierungsgespräche mit der EU und jene der internen Arbeiten. Auf dieser Grundlage beauftragte er das EDA, mit Unterstützung der betroffenen Departemente einen Entwurf für ein Verhandlungsmandat zu erarbeiten. Er hat die Europäische Kommission über seinen Entscheid informiert.	
21.09.2023	11. und letzte Runde der Sondierungsgespräche zwischen der Schweiz und der EU-Kommission.	
18.07.2023	Bundesrat Ignazio Cassis trifft den Vizepräsidenten der EU-Kommission Maroš Šefčovič in Brüssel. Gesprächsthema sind die in den Sondierungen erzielten Fortschritte auf technischer und diplomatischer Ebene sowie die noch offenen Fragen und die nächsten Schritte, die in den kommenden Monaten geklärt werden sollen.	
21.06.2023	Der Bundesrat nimmt eine Standortbestimmung zur Europapolitik vor und verabschiedet die Eckwerte eines Verhandlungsmandats mit der EU.	
30.05.2023	10. Runde der Sondierungsgespräche zwischen der Schweiz und der EU-Kommission: Livia Leu, Staatssekretärin des EDA, trifft Juraj Nociar, Kabinettschef des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, in Brüssel.	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

20.04.2023	9. Runde der Sondierungsgespräche zwischen der Schweiz und der EU-Kommission: Livia Leu, Staatssekretärin des EDA, trifft Juraj Nociar, Kabinettschef des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, in Brüssel.	
29.03.2023	Der Bundesrat beschliesst das weitere Vorgehen im Hinblick auf ein Verhandlungsmandat.	
15.03.2023	Bundesrat Ignazio Cassis trifft sich in Bern mit dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Maroš Šefčovič.	
07.03.2023	8. Runde der Sondierungsgespräche zwischen der Schweiz und der EU-Kommission: Livia Leu, Staatssekretärin des EDA, trifft Juraj Nociar, Kabinettschef des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, in Brüssel.	
20.01.2023	7. Runde der Sondierungsgespräche zwischen der Schweiz und der EU-Kommission: Livia Leu, Staatssekretärin des EDA, trifft Juraj Nociar, Kabinettschef des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, in Brüssel.	
2022	Schweiz	EU
22.12.2022	Die Schweiz und Frankreich haben sich auf eine Lösung für die Besteuerung des Einkommens des Homeoffice geeinigt: Ab dem 1. Januar 2023 können pro Jahr bis zu 40 Prozent der Arbeitszeit im Homeoffice geleistet werden, ohne dass dies Auswirkungen auf den Staat der Besteuerung der Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit hat – insbesondere für Grenzgängerinnen und Grenzgänger.	
22.12.2022	Bundesrat Maurer hat heute in London seinen britischen Amtskollegen und Finanzminister des UK Jeremy Hunt getroffen. Sie würdigten die Fortschritte bei den Verhandlungen beim Abkommen über die gegenseitige Anerkennung im Finanzbereich und stellten dessen Finalisierung bis Ende Sommer 2023 in Aussicht.	
21.12.2022	Kroatien gehört ab 1. Januar 2023 zum Schengen-Raum. Das hat der Rat der Europäischen Union (EU) am 8. Dezember 2022 beschlossen. Der Bundesrat hat diesen Beschluss übernommen,	
21.12.2022	Der Bundesrat hat eine Aussprache zu den von der EU beschlossenen und geplanten Massnahmen zur Reduktion des Stromverbrauchs und zur Dämpfung der Strompreise geführt. Er hat dabei entschieden, das Stromsparziel der EU in der Schweiz auf freiwilliger Basis zu übernehmen.	
14.12.2022	Am 14. Dezember 2022 hat die 17. Sitzung des Gemischten Ausschusses zum Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA) stattgefunden.	
09.12.2022	Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 9. Dezember den Entwurf des Berichts «Lagebeurteilung Beziehungen Schweiz–EU» beraten. Der Bundesrat kommt im Bericht zum Schluss, dass der bilaterale Weg für die Schweiz weiterhin die vorteilhafteste Lösung ist.	
08.12.2022		Kroatien gehört ab 1. Januar 2023 zum Schengen-Raum. Das hat der Rat der Europäischen Union (EU) am 8. Dezember 2022 beschlossen.

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

02.12.2022	Der Bundesrat hat die Botschaft sowie den Gesetzesentwurf zur Teilrevision des Entsendegesetzes verabschiedet. Damit soll die datenschutz-rechtliche Grundlage für die Plattform für die elektronische Kommunikation zwischen den Organen des Vollzugs der flankierenden Massnahmen geschaffen werden.	
23.11.2022	Am 23. November 2022 hat der Bundesrat eine Aussprache über die Beziehungen der Schweiz mit der EU geführt. Im Zentrum standen die Ergebnisse der bisherigen Sondierungsgespräche mit der Europäischen Kommission.	
17.11.2022	Der Gemischte Ausschuss des Agrarabkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) hat zwei Beschlüsse zur Aktualisierung des Abkommens unterzeichnet. Darunter auch einen Beschluss, der den Schutz weiterer in der Schweiz geschützter Ursprungsbezeichnungen (GUB) und geografischer Angaben (GGA) auf die EU ausdehnt.	
16.11.2022	Im Jahr 2023 wird der Zugang kroatischer Arbeitskräfte zum Schweizer Arbeitsmarkt erneut beschränkt. Der Bundesrat hat beschlossen, die im FZA vorgesehene Schutzklausel anzuwenden.	
11.11.2022	6. Runde der Sondierungsgespräche zwischen der Schweiz und der EU-Kommission: Livia Leu, Staatssekretärin des EDA, trifft Juraj Nociar, Kabinettschef des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, in Brüssel.	
12.10.2022	5. Runde der Sondierungsgespräche zwischen der Schweiz und der EU-Kommission: Livia Leu, Staatssekretärin des EDA, trifft Juraj Nociar, Kabinettschef des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, in Brüssel.	
11.10.2022	Zur Stärkung der politischen und inhaltlichen Steuerung der Sondierungsgespräche mit der EU hat der Bundesrat am 31. August 2022 entschieden, eine Projektorganisation einzusetzen. Diese besteht aus einer Steuerungsgruppe, die alle Departemente miteinbezieht, und aus einem Sounding Board, das die Kantone, die Sozialpartner und die Wirtschaft einbezieht.	
08.09.2022	4. Runde der Sondierungsgespräche zwischen der Schweiz und der EU-Kommission: Livia Leu, Staatssekretärin des EDA, trifft Juraj Nociar, Kabinettschef des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, in Brüssel.	
31.08.2022	Zur Stärkung der politischen und inhaltlichen Steuerung der Sondierungsgespräche mit der EU hat der Bundesrat am 31. August 2022 entschieden, eine Projektorganisation einzusetzen . Diese besteht aus einer Steuerungsgruppe, die alle Departemente miteinbezieht, und aus einem Sounding Board, das die Kantone, die Sozialpartner und die Wirtschaft einbezieht.	
31.08.2022	Im Rahmen des zweiten Schweizer Beitrags hat der Bundesrat die bilateralen Umsetzungsabkommen im Bereich der Kohäsion zwischen der Schweiz und Bulgarien, Estland, Kroatien, Malta, Polen, Rumänien, Ungarn und Zypern genehmigt.	
30.06.2022	Die Schweiz und die EU haben in Brüssel das Memorandum of Understanding (MoU) betreffend den zweiten Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet. Mit der Unterzeichnung dieses MoU wurde ein weiteres wichtiges Etappenziel mit Blick auf eine zügige Umsetzung des Beitrags erreicht.	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

30.06.2022	3. Runde der Sondierungsgespräche zwischen der Schweiz und der EU-Kommission: Livia Leu, Staatssekretärin des EDA, trifft Juraj Nociar, Kabinettschef des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, in Brüssel.	
17.06.2022	Anlässlich seiner europapolitischen Klausur vom 17. Juni 2022 wurde der Bundesrat über den Stand der Sondierungen zwischen der Schweiz und der EU informiert. Der Bundesrat hat gestützt darauf entschieden, die Sondierungen mit der EU zu intensivieren.	
27.04.2022	2. Runde der Sondierungsgespräche zwischen der Schweiz und der EU-Kommission: Livia Leu, Staatssekretärin des EDA, trifft Juraj Nociar, Kabinettschef des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, in Brüssel.	
31.03.2022	1. Runde der Sondierungsgespräche zwischen der Schweiz und der EU-Kommission: Livia Leu, Staatssekretärin des EDA, trifft Juraj Nociar, Kabinettschef des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, in Brüssel.	
28.02.2022	Angesichts der fortschreitenden Militärintervention Russlands in der Ukraine hat der Bundesrat beschlossen, die Sanktionspakete der EU vom 23. und 25. Februar zu übernehmen. Die Schweiz bekräftigt ihre Solidarität mit der Ukraine und ihrer Bevölkerung; sie liefert Hilfsgüter für die nach Polen geflüchteten Menschen.	
25.02.2022	Anlässlich der europapolitischen Klausur vom 23. Februar 2022 hat der Bundesrat seine Aussprache über die Europapolitik weitergeführt und die Stossrichtung für ein Verhandlungspaket mit der EU verabschiedet. Auf dieser Grundlage sollen Sondierungsgespräche mit der EU aufgenommen werden.	
2021	Schweiz	EU
21.12.2021	Der Direktor für Landverkehr bei der Europäischen Kommission, Kristian Schmidt, und der Direktor des Bundesamts für Verkehr (BAV), Peter Füglistaler, haben einen Beschluss zur weiteren Zusammenarbeit der Schweiz mit der Europäischen Eisenbahnagentur (ERA) unterschrieben.	
24.11.2021	Die Schweiz arbeitet in ausgewählten Bereichen mit der Europäischen Verteidigungsagentur zusammen. Der Bundesrat hat eine Vereinbarung genehmigt, die den gegenseitigen Schutz von klassifizierten Informationen regelt.	
24.11.2021	Am 24. November 2021 hat der Bundesrat das Memorandum of Understanding (MoU) mit der EU betreffend den zweiten Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten genehmigt. Die Verhandlungen über die bilateralen Umsetzungsabkommen mit den Partnerländern sollen aufgenommen werden.	
17.11.2021	Der Bundesrat hat die Chauffeurverordnung angepasst . Damit schafft er mit Blick auf die Integration des neuen EU-Rechts in das Landverkehrsabkommen gleichwertige Regelungen mit der EU zu den Arbeits-, Lenk- und Ruhezeiten von Berufschauffeuren und -chauffeuren. Die meisten Änderungen treten am 1. Januar 2022 in Kraft.	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

15.11.2021	Am 15. November 2021 ist Bundesrat Ignazio Cassis zu einem Treffen mit EU-Kommissar Maroš Šefčovič nach Brüssel gereist. Šefčovič ist in der Europäischen Kommission der neue Ansprechpartner der Schweiz. Im Zentrum der Gespräche standen die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union.	
01.11.2021	Das neue Sozialversicherungsabkommen mit dem UK wird ab dem 1. November 2021 vorläufig angewendet. Es koordiniert die Sozialversicherungssysteme der beiden Vertragsstaaten nachdem das Freizügigkeitsabkommen CH-EU infolge des Brexit nicht mehr anwendbar ist.	
20.10.2021	Die Schweiz gilt beim EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation «Horizon Europe» und bei den damit verbundenen Programmen und Initiativen bis auf Weiteres als nicht assoziiertes Drittland. Der Bundesrat hat das WBF mit der direkten Finanzierung der betroffenen Akteure beauftragt und die dafür notwendigen Kreditverschiebungen genehmigt.	
11.08.2021	Der Bundesrat hat ein neues Sozialversicherungsabkommen zwischen der Schweiz und dem UK genehmigt. Damit soll die Koordinierung der Sozialversicherungen beider Staaten nach dem Austritt des UK aus der EU längerfristig sichergestellt werden.	
11.08.2021	Der Bundesrat hat die Botschaft zum neuen Grenzgänger-Abkommen zwischen der Schweiz und Italien verabschiedet. Das Abkommen verbessert die aktuelle Regelung der Besteuerung von Grenzgängerinnen und Grenzgängern deutlich und trägt zum Erhalt der guten bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern bei.	
19.07.2021	Der Gemischte Luftverkehrsausschuss Schweiz-EU hat die Übernahme verschiedener EU-Rechtsvorschriften durch die Schweiz beschlossen. Angesichts der COVID-19-Pandemie werden die Auflagen für Luftfahrtunternehmen über das Anrecht auf Zeitnischen (Slots) erleichtert. Und es werden verschiedene Bestimmungen zur Flug- und Luftsicherheit übernommen. Die neuen Vorschriften treten am 1. August 2021 in Kraft.	
01.07.2021	Die Schweiz und die EU anerkennen die Gleichwertigkeit der Passagierrechte im öffentlichen Verkehr. Der Gemischte Landverkehrsausschuss Schweiz/EU hat die entsprechenden Regelungen in den Anhang des Landverkehrsabkommens aufgenommen.	
30.06.2021	Der Bundesrat hat die Botschaft zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem UK über die Mobilität von Dienstleistungserbringern (Services Mobility Agreement, SMA) verabschiedet. Mit dem Abkommen wird der gegenseitige erleichterte Zugang für Dienstleistungserbringer nach dem Wegfall des Freizügigkeitsabkommens zwischen der Schweiz und dem UK sichergestellt.	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

26.05.2021	Der Bundesrat hat das Resultat der Verhandlungen über das Institutionelle Abkommen (InstA) einer Gesamtevaluation unterzogen. Er ist zum Schluss gekommen, dass zwischen der Schweiz und der EU in zentralen Bereichen dieses Abkommens weiterhin substantielle Differenzen bestehen. Er hat entschieden, das InstA nicht zu unterzeichnen und diesen Entscheid der EU heute mitgeteilt. Die Verhandlungen über den Entwurf des InstA sind somit beendet. Der Bundesrat sieht es aber im gemeinsamen Interesse der Schweiz und der EU, die bewährte bilaterale Zusammenarbeit zu sichern und die bestehenden Abkommen konsequent weiterzuführen.	
04.01.2021	Aufgrund des Austritts aus der EU hat das Vereinigte Königreich (UK) mit der Schweiz eine Vereinbarung unterzeichnet, die den Handel mit Bio-Produkten zwischen beiden Ländern neu regelt. Bisher war dies Bestandteil des Agrarabkommens zwischen der Schweiz und der EU. Die bilaterale Vereinbarung ist Anfang Jahr in Kraft getreten.	
2020	Schweiz	EU
29.12.2020	Mit dem Ende der Übergangsperiode nach dem Brexit verlieren die bilateralen Verträge Schweiz–EU ihre Gültigkeit in Bezug auf das Vereinigte Königreich (UK). An ihrer Stelle werden ab dem 1. Januar 2021 eine Reihe von Nachfolgeabkommen angewendet, welche die Schweiz im Rahmen ihrer «Mind the gap»-Strategie (inklusive «Mind the gap Plus») mit dem UK ausgehandelt hat. Der Grossteil der geltenden Rechte und Pflichten zwischen den beiden Staaten bleibt damit erhalten.	
18.12.2020	Die Staatssekretärin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten Livia Leu und Unterstaatssekretär Ivan Scalfarotto haben ein Abkommen zur Vereinfachung der radiometrischen Kontrollen beim Export von Metallprodukten unterzeichnet. Damit entfallen die Strahlenschutz-Messungen an der Grenze beim Export von Metallprodukten.	
14.12.2020	Bundesrat Guy Parmelin und Elizabeth Truss, Ministerin für internationalen Handel des UK haben in London das Abkommen über die Mobilität von Dienstleistungserbringern (Services Mobility Agreement, SMA) unterzeichnet. Das Abkommen sichert der Schweiz und Grossbritannien den gegenseitigen, erleichterten Zugang für Dienstleistungserbringer ab 1. Januar 2021.	
04.12.2020	Der Bundesrat hat ein Abkommen über die Mobilität von Dienstleistungserbringern zwischen der Schweiz und UK genehmigt. Nach dem Wegfall des Freizügigkeitsabkommens ab 1. Januar 2021 wird auf diese Weise eine drohende Lücke geschlossen.	
27.09.2020	Das Schweizer Volk und die Mehrheit der Kantone haben die Eidgenössische Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» mit 61,7% Nein zu 38,3% Ja abgelehnt. Die Stimmbeteiligung betrug 59,47%.	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

01.07.2020		Deutschland übernimmt für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft.
11.06.2020	Das Parlament hat einen Verpflichtungskredit zur Weiterentwicklung des Schengen/Dublin-Besitzstands bewilligt. Es geht um die Investition in Informationssysteme für die Sicherheit im Schengen-Raum.	
31.01.2020		Das Vereinigte Königreich tritt aus der EU aus, eine Übergangsfrist läuft bis am 31.12.2020.
01.01.2020	Inkrafttreten des Abkommens über die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme (EHS), welches der Schweiz und der EU den Handel von CO2-Emissionsrechten erlaubt.	
01.01.2020		Kroatien übernimmt für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft.
2019	Schweiz	EU
31.10.2019	Die Schweiz und Grossbritannien haben ein Abkommen über die Koordination der Sozialversicherungen unterzeichnet.	
04.09.2019	Der Bundesrat hat dem Parlament eine Botschaft zu einem Verpflichtungskredit zur Weiterentwicklung des Schengen/Dublin-Besitzstands überwiesen. Es geht um die Investition in Informationssysteme für die Sicherheit im Schengen-Raum.	
16.07.2019		Das Europäische Parlament hat die Deutsche Ursula von der Leyen, ein Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP), mit 383 Stimmen zu 327 Stimmen bei 22 Enthaltungen zur Präsidentin der Europäischen Kommission gewählt.
10.07.2019	Die Schweiz und Grossbritannien haben ein Abkommen über die Zulassung zum jeweiligen Arbeitsmarkt unterzeichnet.	
01.07.2019		Finnland übernimmt für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft.
27.06.2019	Die Schweiz und die EU haben ein Abkommen über die Polizeizusammenarbeit (Prümer Beschlüsse) sowie ein Protokoll über den Zugriff der Schweizer Behörden auf die Eurodac Datenbank unterzeichnet.	
07.06.2019	Der Bundesrat lehnt in seiner Botschaft ans Parlament die Volksinitiative "Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)" ohne Gegenentwurf ab.	
07.06.2019	Der Bundesrat hat den Bericht über die Konsultationen zum institutionellen Abkommen Schweiz-EU, welche im Dezember 2018 beschlossen wurden, genehmigt. Er verlangt Klärungen.	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

22.03.2019	Der Bundesrat hat beschlossen, dass Staatsangehörige aus dem UK bei der Einreise in die Schweiz ab dem Zeitpunkt des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU (Brexit) von der Visumspflicht befreit sind.	
25.02.2019	Staatssekretär Mario Gattiker hat gemeinsam mit seinem britischen Amtskollegen, dem Parlamentarischen Staatssekretär Christopher Heaton-Harris, das Abkommen über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger unterzeichnet, um diese auch nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU (Brexit) zu sichern.	
13.02.2019	Der Bundesrat hat über die Regelung der Kontingente von britischen Staatsangehörigen im Falle eines ungeordneten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU entschieden. Er will die engen bilateralen Beziehungen zum Vereinigten Königreich auch nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU (Brexit) sicherstellen.	
11.02.2019	Bundesrat Guy Parmelin und der britische Minister für internationalen Handel Liam Fox haben ein bilaterales Handelsabkommen unterzeichnet. Damit stellen die Schweiz und das Vereinigte Königreich die Beibehaltung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU (Brexit) sicher.	
31.01.2019		Die EU hat definitive Schutzmassnahmen in Form von Zollkontingenten auf die Einfuhren von Stahlerzeugnissen aus Drittstaaten erlassen. Auch Stahleinfuhren aus der Schweiz in die EU sind von den Massnahmen betroffen.
30.01.2019	Der Bundesrat hat entschieden, dass die neuen Datenschutzbestimmungen für die Bearbeitung von Personendaten im Bereich der Schengener Zusammenarbeit in Strafsachen ab dem 1. März 2019 gelten. Damit erfüllt er die Verpflichtungen der Schweiz bei der Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands und ermöglicht auch weiterhin eine effiziente Bekämpfung der internationalen Kriminalität und des Terrorismus.	
25.01.2019	Bundespräsident Ueli Maurer hat mit dem britischen Schatzkanzler Philip Hammond ein Abkommen betreffend die Direktversicherung mit Ausnahme der Lebensversicherung und mit der britischen Botschafterin Jane Owen ein Strassenverkehrsabkommen unterzeichnet. Damit ist eine lückenlose Weiterführung der heutigen Regelungen in diesen Bereichen auch nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU (Brexit) sichergestellt.	
01.01.2019		Rumänien übernimmt für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft.

2018	Schweiz	EU
17.12.2018		Die EU-Kommission hat entschieden, die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Schweizer Gesetzgebung gemäss Artikel 23 MiFIR (Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente) auf weitere sechs Monate auszudehnen.
17.12.2018	Bundesrätin Doris Leuthard und ihr britischer Amtskollege, Verkehrsminister Chris Grayling, haben ein neues Luftverkehrsabkommen ausgehandelt. Beim Abkommen geht es um die gegenseitige Sicherung der bestehenden Verkehrsrechte, um eine reibungslose Weiterführung der heutigen Regelungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich nach dessen Austritt aus der EU (Brexit) zu garantieren.	
14.12.2018	Der Bundesrat hat den Text eines Handelsabkommens mit dem Vereinigten Königreich verabschiedet, mit dem die bestehenden Wirtschafts- und Handelsbeziehungen auch nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU (Brexit) fortgesetzt werden sollen.	
7.12.2018	Der Bundesrat hat das Ende der Verhandlungen über ein künftiges institutionelles Abkommen und entschieden, die Meinungen der betroffenen Kreise einzuholen.	
30.11.2018	Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Heilmittelgesetzes und Humanforschungsgesetzes verabschiedet. Dieser soll die Sicherheit und Qualität von Medizinprodukten und damit die Patientensicherheit in der Schweiz verbessern.	
31.10.2018	Der Bundesrat verabschiedete ein landwirtschaftliches Verordnungspaket welches unter anderem ein neues System für die Kontrolle von Landwirtschaftsbetrieben mit sich bringt.	
28.9.2018	Der Bundesrat Kontingente für Drittstaaten und Dienstleistungserbringer der EU/EFTA-Staaten festgelegt, welche ab dem 1. Januar 2019 gelten werden.	
28.9.2018	Nach einer Vernehmlassung mit weitgehend positiven Rückmeldungen hat der Bundesrat die Botschaft zum zweiten Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten gutgeheissen.	
15.9.2018	Der Bundesrat hat die Verordnungen über die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten zum Schutz der Schengenaussengrenzen und über den Vollzug von Weg- und Ausweisungen angepasst.	
5.9.2018	Der Bundesrat hat einen Zusatzbericht zur Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik verabschiedet. Die in der Gesamtschau dargestellten hypothetischen Grenzöffnungsszenarien hatten zu Fehlinterpretationen und Missverständnissen geführt. Mit dem Zusatzbericht werden diese nun geklärt.	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

22.8.2018	Der Bundesrat hat beschlossen, das Kooperationsabkommen zwischen der Schweiz und Europol um den erweiterten Europol-Deliktskatalog zu ergänzen.	
17.7.2018	Die Schweiz hat die Zusatzvereinbarung über die Beteiligung am europäischen Fonds für die innere Sicherheit (ISF-Grenze) ratifiziert. Er trägt dazu bei, die Effizienz der Kontrollen und den Schutz der Schengen-Ausgangsgrenzen zu verbessern.	
1.7.2018		Österreich übernimmt für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft.
1.7.2018	Inkrafttreten des Gesetzes und der Verordnungen zur Umsetzung des Verfassungsartikels über die Regulierung der Einwanderung (Artikel 121a der Verfassung). Für dessen Umsetzung gilt die Verpflichtung, offene Stellen zu kommunizieren. Davon betroffen sind Berufskategorien mit einer schweizerischen Arbeitslosenquote von mindestens 8%. Dieser Schwellenwert wird ab dem 1. Januar 2020 auf 5% gesenkt.	
25.5.2018	Die Schweiz hat mit der EU eine Beteiligung an der polizeilichen Zusammenarbeit im Rahmen der Prüm-Beschlüsse paraphiert, welche den Kampf gegen internationale Kriminalität und Terrorismus verbessert.	
18.4.2018	Der Bundesrat hat erneut die Ventilklausel für Bulgarien und Rumänien verlängert. Ab dem 1. Juni 2018 werden Erwerbstätige aus diesen Staaten, die eine Aufenthaltsbewilligung (Ausweis B) beantragen, während 12 Monaten nur beschränkt Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt haben	
1.7.2018		Bulgarien übernimmt für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft.
2017	Schweiz	EU
22.12.2017	Die Schweiz und die EU haben das Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA) aktualisiert. Mit dieser Anpassung kann der gegenseitige Marktzugang in den Sektoren Medizinprodukte, persönliche Schutzausrüstungen, Gasverbrauchseinrichtungen und Seilbahnen aufrechterhalten werden.	
21.12.2017		Die EU-Kommission hat entschieden, die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Schweizer Gesetzgebung gemäss Artikel 23 MiFIR (Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente) auf ein Jahr zu befristen.
20.12.2017	Der Bundesrat hat den Bericht zum Postulat Bourgeois vom 20. Dezember 2011 über die „Auswirkungen der Energiepolitik der EU-Staaten auf die Versorgungssicherheit mit Elektrizität und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz“ verabschiedet.	
8.12.2017	Der Bundesrat hat entschieden, wie das Gesetz zur Umsetzung des Verfassungsartikels zur Steuerung der Zuwanderung (Art. 121a BV) auf Verordnungsebene umgesetzt wird.	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

23.11.2017	Die Schweiz und die EU haben ein Abkommen über den Handel mit Emissionszertifikaten unterzeichnet, das es der Schweiz und der EU erlaubt, ihre Handelssysteme für CO ₂ -Emissionsrechte (Emissions Trading System, ETS) zu verknüpfen.	
23.11.2017	Der Bundesrat hat sich dafür ausgesprochen, einen weiteren autonomen Schweizer Beitrag zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten an ausgewählte EU-Staaten zu leisten. Während einer Laufzeit von 10 Jahren sollen 1,302 Mrd. CHF in konkrete Projekte investiert werden.	
23.11.2017	Bundespräsidentin Doris Leuthard hat in Bern den EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker empfangen. Sie haben eine positive Bilanz über die in diesem Jahr erzielten Fortschritte in den bilateralen Beziehungen Schweiz–EU gezogen und die nächsten Schritte festgelegt.	
22.11.2017	Die Schweiz und die EU haben das Protokoll zu Eurodac paraphiert, welches den schweizerischen Strafverfolgungsbehörden Zugriff auf die Eurodac-Datenbank ermöglicht. Diese verfügt über ein automatisches Identifizierungssystem für Fingerabdrücke von Personen, die in einem Dublin-Staat ein Asylgesucht eingereicht haben.	
6.10.2017	Die Schweiz hat eine von EU und EFTA gemeinsam erarbeitete «Declaration on eGovernment» unterzeichnet. Die Deklaration enthält fünf zentrale Prinzipien für E-Government und soll als Leitfaden zur Weiterentwicklung dienen.	
29.9.2017	Der Bundesrat hat eine pragmatische Lösung zur Umsetzung der EU-Waffenrichtlinie in die Vernehmlassung geschickt. Diese schöpft den bestehenden Spielraum aus und trägt der Tradition des schweizerischen Schiesswesens Rechnung.	
12.9.2017	Die Schweiz hat in Lissabon eine Vereinbarung zur Vertiefung der Zusammenarbeit mit der europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD) unterzeichnet. Sie ermöglicht der Schweiz den direkten Zugang zum europäischen Expertennetzwerk.	
6.9.2017	Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Steuervorlage 17 eröffnet. Die Vorlage leistet einen entscheidenden Beitrag zu einem attraktiven Standort und damit zugunsten von Wertschöpfung.	
23.8.2017	Der Bundesrat hat eine Änderung der Verordnung über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmer beschlossen. Die Mindestzahl der Kontrollen bei den flankierenden Massnahmen auf Einhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wird erhöht.	
28.7.2017	Die Schweiz und die EU haben das Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA) aktualisiert. Dadurch kann der Marktzugang in Sektoren, in denen die technischen Vorschriften in der Schweiz und in der EU revidiert wurden, aufrechterhalten werden.	
1.7.2017		Estland übernimmt für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft.
1.6.2017	Das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (BG Ost) ist in Kraft getreten. Das BG Ost wurde am 30. September 2016 vom Parlament verabschiedet.	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

10.5.2017	Der Bundesrat ruft die Ventilklausel an für Bulgarien und Rumänien. Ab dem 1. Juni 2017 werden Erwerbstätige aus diesen Staaten, die eine Aufenthaltsbewilligung (Ausweis B) beantragen, während 12 Monaten nur beschränkt Zugang zum Schweizer Arbeitsmarkt haben.	
28.4.2017	Unterzeichnung einer Verwaltungsvereinbarung, die eine intensivere Zusammenarbeit bei der humanitären Hilfe und beim Bevölkerungsschutz in der Schweiz und im Ausland ermöglicht	
26.4.2017	Der Bundesrat verzichtet auf einen Gegenentwurf zur Initiative «Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten» (Rasa-Initiative).	
6.4.2017	Bundespräsidentin Doris Leuthard und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker haben sich in Brüssel auf eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über alle hängigen Dossiers verständigt.	
1.4.2017	Staatssekretärin Pascale Baeriswyl folgt auf Staatssekretär Jacques de Watteville, der die Verhandlungen mit der EU bis anhin koordiniert hat.	
29.3.2017		Das Vereinigte Königreich hat der EU die Auslösung von Art. 50 EUV mitgeteilt. Damit ist eine zweijährige Frist für die Austrittsverhandlungen mit der EU angelaufen.
12.2.2017	Die Schweizer Bevölkerung hat mit 59,1% Nein-Stimmen das «Unternehmenssteuerreformgesetz III» abgelehnt.	
1.1.2017	Inkrafttreten des Protokolls III zum FZA zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien sowie des AIA-Abkommens zwischen der Schweiz und der EU	
1.1.2017		Malta übernimmt für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft
2016	Schweiz	EU
21.12.2016	Der Bundesrat hat beschlossen, zwei Varianten für einen Gegenentwurf zur Rasa-Initiative («Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten») für die Vernehmlassung zu erarbeiten. Die Rasa-Initiative will die Ergebnisse der Abstimmung vom 9.2.2014 rückgängig machen und die Zuwanderungsbestimmungen (Art. 121a BV und Art. 197 Ziff. 11 BV) ersatzlos aus der Verfassung streichen.	
16.12.2016	Der Bundesrat hat das Protokoll III zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien ratifiziert. Damit ist auch die Voraussetzung für die Teilnahme der Schweiz als vollasoziiertes Mitglied am EU-Forschungsprogramm «Horizon 2020» ab 1.1.2017 erfüllt.	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

19.10.2016		Die slowakische EU-Ratspräsidentschaft hat der Schweiz den Erhalt des Schreibens bestätigt, in dem die Schweiz mitgeteilt hatte, dass das von der Schweiz 1992 gestellte Beitrittsge suchs als zurückgezogen zu betrachten sei.
19.9.2016	Bundespräsident Johann Schneider-Ammann und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker haben sich in Zürich getroffen. Der Bundespräsident bekräftigte, dass die Schweiz einer rechtlichen Verknüpfung zwischen den Dossiers Zuwanderung und Institutionelles nicht zustimmen könne.	
7.9.2016	Der Bundesrat hat die Übergangslösung 2014–2016 für die projektweise Beteiligung der Schweiz am europäischen Mobilitätsprogramm „Erasmus+“ um ein Jahr verlängert.	
27.7.2016	Die Schweiz hat der EU-Ratspräsidentschaft in einem Schreiben mitgeteilt, dass das von der Schweiz 1992 gestellte Beitrittsge such als zurückgezogen zu betrachten ist.	
16.7.2016	Bei einem Treffen haben Bundespräsident Johann N. Schneider-Ammann und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker beschlossen, die technischen Diskussionen über eine einvernehmliche Lösung bei der Umsetzung von Art. 121a BV zu intensivieren.	
5.7.2016	Der Observatoriumsbericht des SECO zur Personenfreizügigkeit zeigt für 2015 eine leichte Schwächung der Zuwanderung auf (71'000, wovon 67% aus der EU).	
23./24.6.2016		Die Bevölkerung des Vereinigten Königreichs hat in einem Referendum entschieden, aus der Europäischen Union austreten zu wollen.
25.5.2016	Der Bundesrat hat die Totalrevision der Gütertransportverordnung gutgeheissen und diese zusammen mit dem Gütertransportgesetz auf den 1. Juli 2016 in Kraft gesetzt. Die Rückerstattung der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) im Vor- und Nachlauf des kombinierten Verkehrs wird auf den 1. Januar 2017 um 10% gekürzt.	
12.5.2016	Die Kontrolltätigkeit zur Umsetzung der Flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr Schweiz–EU wurde laut SECO-Bericht im Jahr 2015 weiter intensiviert und die nationalen Kontrollziele deutlich übertroffen. Die in der Schweiz geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden durch die kontrollierten Betriebe mehrheitlich eingehalten.	
4.5.2016	Der Bundesrat hat den Ergebnisbericht zu der von Oktober 2014 bis Januar 2015 durchgeführten Vernehmlassung zum Bundesbeschluss über die volle Strommarktöffnung zur Kenntnis genommen. Aufgrund der kontroversen Vernehmlassungsantworten will er mit der vollen Öffnung des schweizerischen Strommarkts zuwarten.	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

13.4.2016	Am 1. Juni 2016 fallen die Übergangsbestimmungen der Personenfreizügigkeit für Staatsangehörige von Bulgarien und Rumänien weg. Der Bundesrat hat die Teilrevision der entsprechenden Verordnung verabschiedet.	
13.4.2016	Die Schweiz und die EU haben zwei Abkommen für die Beteiligung der Schweiz an der zivilen Mission der EU für die Reform des Sicherheitssektors in Mali (EUCAP Sahel Mali) und an der Beratermission der EU zur Reform des zivilen Sicherheitssektors in der Ukraine (EUAM Ukraine) unterzeichnet.	
4.3.2016	Die Schweiz und die EU haben das Protokoll III zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien unterzeichnet.	
4.3.2016	Der Bundesrat hat mehrere Gesetzesentwürfe für die Umsetzung der Verfassungsbestimmungen zur Zuwanderung verabschiedet. Er strebt weiter eine einvernehmliche Lösung mit der EU an. Da mit der EU noch keine Einigung erzielt werden konnte, schlägt er nun eine einseitige Schutzklausel vor.	
1.3.2016	Die Vereinbarung mit der EU für die Beteiligung der Schweiz am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) ist in Kraft getreten.	
28.2.2016	Das Schweizer Volk und die Mehrheit der Kantone haben die eidgenössische Volksinitiative «Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)» mit 41,1% Ja zu 58,9% Nein abgelehnt. Die Stimmbeteiligung betrug 63,1%.	
17.2.2016	Im Rahmen der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit hat der Bundesrat dem Parlament die Erneuerung des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas zur Genehmigung unterbreitet.	
25.1.2016	Die Schweiz und die EU haben die Verhandlungen zur Verknüpfung ihrer Emissionshandelsysteme abgeschlossen und das entsprechende Abkommen paraphiert.	
1.1.2016		Die Niederlande haben von Luxemburg für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft übernommen.
2015	Schweiz	EU
18.12.2015	Der Bundesrat hat im Zusammenhang mit der Umsetzung von Artikel 121a zur Zuwanderung zusätzliche Massnahmen zur Bekämpfung der Missbräuche auf dem Arbeitsmarkt und zur Förderung der inländischen Fachkräfte beschlossen.	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

4.12.2015	Der Bundesrat hat unter Berücksichtigung der Vernehmlassungsergebnisse zum Entwurf der neuen Ausländergesetzgebung verschiedene Vorentscheide gefällt: Mittels einer Schutzklausel will er die Zuwanderung von Personen steuern, die unter das Freizügigkeitsabkommen mit der EU fallen. Dabei strebt er eine einvernehmliche Lösung mit der EU an. Parallel zu den laufenden Gesprächen mit der EU hat der Bundesrat das EJPD beauftragt, eine einseitige Schutzklausel auszuarbeiten, falls keine rechtzeitige Einigung mit der EU erzielt werden kann.	
14.10.2015	Der Bundesrat hat die Binnenschiffverkehrsverordnung (BSV) und die Verordnung über die Abgasemissionen von Schiffsmotoren (SAV) an die neue Sportboot-Richtlinie der EU angepasst. Somit wird sichergestellt, dass Sportboote aus der EU ab 2016 in der Schweiz weiterhin im vereinfachten Verfahren zugelassen werden können.	
12.10.2015	Unter der Leitung von Bundesrätin Doris Leuthard haben die Vertreter der Staaten des Luft-raumblocks Zentraleuropa (FABEC) bei ihrem Treffen in Luxemburg eine Ministererklärung mit Massnahmen für eine sichere und effizientere Luftraumüberwachung in Zentraleuropa verabschiedet.	
18.9.2015	Der Bundesrat hat entschieden, dass die Schweiz im Rahmen des Umverteilungsprogramms der EU 1500 schutzbedürftige Personen aufnehmen wird.	
September 2015		Der neue EU-Ansprechpartner der Schweiz in Brüssel heisst Claude Maerten. Er leitet als Nachfolger von Gianluca Grippa die Westeuropa-Division im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD). Grippa hat mit der Schweiz u.a. über die institutionellen Fragen verhandelt.
12.8.2015	Der Bundesrat hat eine Struktur für die Führung der Gesamtheit der Verhandlungen mit der Europäischen Union eingesetzt. Diese soll die Aussichten auf ein ausgewogenes und mit den schweizerischen Interessen übereinstimmendes Gesamtergebnis verbessern. Staatssekretär Jacques de Watteville ist als Chefunterhändler dafür verantwortlich, in den Verhandlungen ein Gesamtergebnis zu erzielen, das den Zielsetzungen der bestehenden Mandate entspricht.	
1.7.2015		Luxemburg hat von Lettland für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft übernommen.
24.6.2015	Der Bundesrat hat das EDA beauftragt, während des Sommers 2015 eine neue Struktur in Bezug auf Verhandlungen mit der EU zu erarbeiten und einen Chefunterhändler vorzuschlagen.	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

24.6.2015	Der Bundesrat hat vom Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens zur Weiterführung des Bundesgesetzes über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas (BG Ost) Kenntnis genommen. Die entsprechende Botschaft soll dem Parlament spätestens bis Ende Februar 2016 überwiesen werden.	
5.6.2015	Der Bundesrat ist mit zwei Botschaften ans Parlament gelangt. Die erste Vorlage betrifft das Übereinkommen des Europarats und der OECD über die Amtshilfe in Steuersachen. Die zweite Vorlage betrifft die Multilaterale Vereinbarung der zuständigen Behörden über den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten.	
27.5.2015	Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Abkommen mit der EU über den automatischen Informationsaustausch (AIA) in Steuersachen eröffnet.	
19.3.2015	Die Schweiz und die EU haben in Brüssel ein Abkommen zur Einführung des globalen Standards für den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen paraphiert. Die Schweiz und die 28 EU-Länder beabsichtigen, ab 2017 Kontodaten zu erheben und ab 2018 auszutauschen, nachdem die nötigen Rechtsgrundlagen geschaffen wurden.	
13.3.2015	Der Bundesrat will mit der EU die Beteiligung der Schweiz an der Prümmer Zusammenarbeit aushandeln. Diese vereinfacht den Informationsaustausch zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität zwischen den EU-Staaten. Der Bundesrat hat deshalb ein Mandat zu entsprechenden Verhandlungen mit der EU verabschiedet.	
13.3.2015	Der Bundesrat hat eine Änderung der Verordnung über die Einführung des freien Personenverkehrs verabschiedet, die am 1. April 2015 in Kraft getreten ist. Staatsangehörige der EU und der EFTA, die in der Schweiz eine Stelle suchen, erhalten nur dann eine Aufenthaltsbewilligung, wenn sie über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.	
11.2.2015	Der Bundesrat hat verschiedene Entscheide zur Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmungen der Masseneinwanderungsinitiative getroffen. So eröffnete er die Vernehmlassung zum Entwurf zur neuen Ausländergesetzgebung und fasste mehrere Beschlüsse zu einer besseren Ausschöpfung des inländischen Potenzials an Arbeitskräften. Zudem hat er das Mandat für Verhandlungen mit der EU über die Anpassung des Abkommens zur Personenfreizügigkeit definitiv beschlossen.	
2.2.2015	Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga hat in Brüssel EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zu einem Arbeitsgespräch getroffen. Im Zentrum des Treffens standen die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Weiter traf die Bundespräsidentin auch den EU-Ratspräsidenten Donald Tusk und den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, für Gespräche.	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

1.1.2015		Lettland hat von Italien für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft übernommen.
1.1.2015		Litauen ist der Eurozone beigetreten und wurde zum 19. EU-Mitglied, das den Euro als offizielle Währung eingeführt hat.
2014	Schweiz	EU
11.12.2014	Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat für einen Erweiterungsbeitrag an Kroatien ausgesprochen. Er genehmigte den Rahmenkredit von 45 Millionen Franken.	
7.12.2014	Die Verpflichtungsperiode des Erweiterungsbeitrags für Bulgarien und Rumänien, die 2007 der EU beigetreten sind, ist zu Ende gegangen. Im Rahmen des autonomen Erweiterungsbeitrags beteiligt sich die Schweiz an spezifischen Projekten in Rumänien und Bulgarien.	
5.12.2014	Bundesrat Johann Schneider-Ammann hat in Brüssel mit Vertretern der EU das Abkommen zur Beteiligung der Schweiz an den europäischen Forschungsrahmenprogrammen unterzeichnet. Es regelt bis Ende 2016 die Teilassoziierung der Schweiz an Horizon 2020.	
30.11.2014	Das Schweizer Volk und alle Kantone haben die Eidgenössische Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» (Ecopop) mit 74,1% Nein-Stimmen zu 25,9% Ja-Stimmen abgelehnt. Die Stimmbeteiligung betrug 49,4%.	
22.10.2014	Der Bundesrat hat ein Abkommen zur Teilassoziierung der Schweiz am EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon 2020 genehmigt. Damit können sich Forschende aus der Schweiz bis am 31. Dezember 2016 an verschiedenen Teilen von Horizon 2020 voll beteiligen und sich um Stipendien des Europäischen Forschungsrates bewerben.	
14.10.2014	Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf und Vertreter der 28 EU-Mitgliedstaaten haben in Luxemburg eine gemeinsame Verständigung in Form eines «Joint Statement» zur Unternehmensbesteuerung unterzeichnet.	
8.10.2014	Definitives Mandat für Verhandlungen mit der EU über den automatischen Informationsaustausch (AIA)	
8.10.2014	Der Bundesrat hat einen Mandatsentwurf zu Verhandlungen über das Personenfreizügigkeitsabkommen verabschiedet.	
19.9.2014	Der Bundesrat entschied, die vorerst für das Jahr 2014 eingerichtete Übergangslösung für das EU-Bildungsprogramm Erasmus+ in den kommenden zwei Jahren weiterzuführen, sofern die angestrebte Assoziierung der Schweiz an Erasmus+ nicht realisiert wird. So soll die Mobilität der Schweizer Programmteilnehmer sichergestellt werden.	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

25.7.2014		Ein von EU-Aussenkommissarin Catherine Ashton unterzeichneter Brief ist in Bern eingetroffen. Darin geben die EU-Kommission und die EU-Mitgliedstaaten Antwort auf die im Begehren der Schweiz vom 7. Juli um Anpassung des Personenfreizügigkeitsabkommen (FZA) gestellten Fragen.
15.7.2014		Das Europäische Parlament hat den Luxemburger Jean-Claude Juncker zum neuen Präsidenten der EU-Kommission ernannt. Der Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei (EVP) wurde mit 422 zu 250 Stimmen bei 47 Enthaltungen gewählt.
4.7.2014	Die Schweiz und die EU haben ein Abkommen zur Beteiligung der Schweiz an der European Union Border Assistance Mission in Libya (EUBAM Libya) unterzeichnet. Dieses Abkommen bildet die Grundlage für die Entsendung eines zivilen Schweizer Grenzschutzexperten nach Libyen.	
1.7.2014	Die Delegationsleiter der Schweiz und der EU haben eine gemeinsame Verständigung über die Unternehmensbesteuerung paraphiert. Damit kommt eine fast zehn Jahre auf den Beziehungen lastende Kontroverse zum Abschluss.	
20.6.2014	Der Bundesrat hat das Konzept zur Umsetzung des neuen Verfassungsartikels zur Zuwanderung verabschiedet. Er hält darin fest, wie er die Höchstzahlen und Kontingente festlegen will, mit denen die Zuwanderung in die Schweiz ab Februar 2017 gesteuert wird.	
10.6.2014	Unterzeichnung des Abkommens zur Beteiligung der Schweiz am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO).	
28.5.2014	Der Bundesrat hat beschlossen, die vorübergehenden Einschränkungen für bulgarische und rumänische Arbeitskräfte um zwei Jahre zu verlängern. Der Inländervorrang, die Kontingente sowie die Kontrolle der Arbeits- und Lohnbedingungen werden demnach bis am 31. Mai 2016 aufrechterhalten.	
22.5.2014	Die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union über ein institutionelles Abkommen haben begonnen. Mit dem angestrebten Abkommen will der Bundesrat den bilateralen Weg erneuern und stärken, um den Wohlstand und die Unabhängigkeit der Schweiz weiterhin zu garantieren.	
30.4.2014	Der Bundesrat hat eine Erklärung verabschiedet, welche mehrere Massnahmen vorsieht. Unter anderem gewährt er Kroatinnen und Kroaten auf autonomer Grundlage separate Kontingente im Rahmen der Zulassung von Drittstaatsangehörigen zum Schweizer Arbeitsmarkt. wird eine Lösung für die kontingentierte Zulassung von kroatischen Bürgerinnen und Bürger zum Schweizer Arbeitsmarkt präsentiert. Weiter hat der Bundesrat den Erweiterungsbeitrag für Kroatien bestätigt.	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

30.4.2014	Der Bundesrat hat die Revision der Verordnung über die Einführung des freien Personenverkehrs (VEP) beschlossen und damit die Kontingente für die EU-17 und die EU-8 aufgehoben. Die Ventilklausel für Erwerbstätige aus 25 EU-Ländern lief damit wie vorgesehen am 30. April (EU-8) respektive am 31. Mai 2014 (EU-17) aus. Für Angehörige dieser Staaten gilt damit die volle Freizügigkeit.	
28.4.2014	Die Schweiz und die Europäische Union haben das Abkommen zur Beteiligung der Schweiz an der European Union Training Mission in Mali (EUTM Mali) unterzeichnet. Auf Grundlage dieses Abkommens kann die Schweiz die EUTM Mali mit ziviler Expertise unterstützen.	
16.4.2014	Der Bundesrat hat ein Verhandlungsmandat über die Teilnahme der Schweiz am EU-Programm Kultur 2014-2020 verabschiedet.	
16.4.2014	Der Bundesrat hat die Grundsätze einer Übergangslösung für das Studentenaustauschprogramm Erasmus+ für das Jahr 2014 verabschiedet.	
15.4.2014		Der Ministerrat hat die European Union Training Mission in Mali (EUTM Mali) um zwei Jahre verlängert.
26.3.2014	Der Bundesrat hat der Unterzeichnung der Vereinbarung mit dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) zugestimmt und das Vernehmlassungsverfahren eröffnet, das bis zum 3. Juli 2014 dauert.	
24.3.2014		Der Ministerrat hat die Revision der Richtlinie über die Zinsbesteuerung gutgeheissen. Es geht dabei um die Ausweitung des Anwendungsbereichs unter anderem für eine bessere Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuermisbrauch.
21.3.2014		Der Europäische Rat hat den Bericht der Kommission über den Stand der Verhandlungen mit europäischen Drittstaaten (Schweiz, Liechtenstein, Monaco, Andorra und San Marino) über die Besteuerung von Zinserträgen begrüsst.
7.3.2014	Der Bundesrat hat das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) respektive das Bundesamt für Kultur (BAK) mit der Erarbeitung von Übergangslösungen für die Programme Erasmus+, Horizon 2020 und MEDIA beauftragt.	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

26.2.2014		Die EU-Kommission hat mitgeteilt, dass die Verhandlungen in den Dossiers Forschung («Horizon 2020») und Bildung («Erasmus+») nicht fortgesetzt werden, bis die Schweiz das Protokoll III zur Erweiterung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien unterzeichnet hat.
12.2.2014	Der Bundesrat hat erste Beschlüsse zur Umsetzung der neuen Verfassungsbestimmung über die Zuwanderung gefasst.	
9.2.2014	Das Schweizer Volk und die Mehrheit der Kantone haben die Eidgenössische Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» mit 50.3% Ja zu 49.7% Nein angenommen. Die Stimmbeteiligung betrug 56.57%.	
17.1.2014	Die Schweiz und die EU haben offiziell Verhandlungen über die Revision des Zinsbesteuerungsabkommens aufgenommen.	
15.1.2014	Der Bundesrat hat weitere Massnahmen zur Missbrauchsbekämpfung im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit beschlossen, unter anderem beim Sozialhilfebezug.	
1.1.2014		Griechenland hat von Litauen für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft übernommen.
1.1.2014		Lettland ist der Eurozone beigetreten und wurde zum 18. EU-Mitglied, das den Euro als offizielle Währung eingeführt hat.
2013	Schweiz	EU
13.12.2013	Der Bundesrat hat das Kooperationsabkommen mit der EU zur Teilnahme der Schweiz an den europäischen Satellitennavigationsprogrammen Galileo und EGNOS genehmigt.	
25.11.2013	An einer Medienkonferenz haben die drei Bundesräte Simonetta Sommaruga, Johann Schneider-Ammann und Didier Burkhalter sowie KdK-Präsident Pascal Broulis die ablehnende Haltung des Bundesrates zur Initiative «Gegen Masseneinwanderung», die am 9. Februar 2014 zur Abstimmung kommt, präsentiert.	
23.10.2013	Der Bundesrat hat die Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» (Ecopop) verabschiedet. Er beantragt dem Parlament, die Initiative Volk und Ständen ohne Gegenentwurf zu unterbreiten, mit der Empfehlung, sie abzulehnen.	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

13.9.2013	Der Bundesrat hat die Verhandlungsmandate für die Fortsetzung der Schweizer Beteiligung an den Rahmen- und Förderprogrammen der EU in den Bereichen Forschung und Innovation, Bildung, Jugend und Sport sowie Filmförderung (MEDIA) verabschiedet.	
1.7.2013		Kroatien tritt der EU bei. Die EU zählt nun 28 Mitgliedstaaten.
1.7.2013		Litauen übernimmt von Irland für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft.
28.6.2013	Die Schweiz und die EU paraphieren ein Abkommen zur Teilnahme am Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO)	
26.6.2013	Der Bundesrat entscheidet hinsichtlich der institutionellen Fragen, eine mittelfristige Globalstrategie zu verfolgen und beauftragt das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), einen Verhandlungsmandatsentwurf auszuarbeiten.	
1.6.2013	Kontingentierung der Aufenthaltsbewilligung B für ein Jahr für Staatsangehörige der EU-17-Staaten (Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien und Zypern).	
17.5.2013	In Brüssel unterzeichnen Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann und der Vizepräsident der Europäischen Kommission und Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia ein Wettbewerbsabkommen.	
14.5.2013		Die EU-Kommission erhält vom EU-Finanzministerrat ein Mandat, um mit der Schweiz Verhandlungen über die Zinsbesteuerung zu führen.
1.5.2013	Weiterführung der Ventilklausel für ein Jahr für Staatsangehörige der EU-8-Staaten (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien und Ungarn) mit Aufenthaltsbewilligung B.	
29.1.2013	In Brüssel findet ein Treffen zwischen Staatssekretär Yves Rossier und dem Exekutivdirektor des Europäischen Auswärtigen Diensts David O'Sullivan statt. Dabei wird hauptsächlich über die institutionellen Vorschläge der Schweiz diskutiert.	
1.1.2013		Irland übernimmt von Zypern für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft.
2012	Schweiz	EU
21.12.2012		Kommissionspräsident José Manuel Barroso sendet Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf ein Antwortschreiben zu den institutionellen Vorschläge der Schweiz.

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

20.12.2012		Der Rat der EU verabschiedet die Schlussfolgerungen der EU-Länder über die Beziehungen zu den EFTA-Staaten, darunter auch diejenigen zur Schweiz.
19.11.2012	Der Staatssekretär des Eidg. Departements für auswärtige Angelegenheiten EDA, Yves Rossier, hat den Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), David O'Sullivan, getroffen.	
12.10.2012		Das Nobelpreiskomitee hat den Friedensnobelpreis für das Jahr 2012 an die Europäische Union verliehen.
10.10.2012	Beginn der Verhandlungen im Hinblick auf die Beteiligung der Schengen-Assoziierten Staaten an der neuen IT-Agentur	
27.9.2012		Inkrafttreten vom Vertrag zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)
18.6.2012	Der Bundesrat verabschiedet institutionelle Vorschläge und setzt die EU-Kommission in Kenntnis.	
15.6.2012	Der Bundesrat verabschiedet Grundsätze für institutionelle Lösungen zuhanden der EU. Diese Grundsätze stellen laut dem Bundesrat einen proaktiven und substanziellen Schritt zur Erneuerung des bilateralen Weges und Deblockierung der aktuellen Dossiers dar. Damit sollen positive Voraussetzungen für zukünftige Abkommen wie das Stromdossier geschaffen werden. Im Rahmen dessen könnten institutionelle Lösungen gesucht werden, die auch für künftige Verträge im Bereich des Marktzuganges angewendet werden könnten.	
21.5.2012	Beginn der Verhandlungen über die Teilnahme der Schweiz am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO).	
25.4.2012	Anlässlich seiner Europaklausur verabschiedet der Bundesrat Grundsätze für institutionelle Lösungen, die er in Konsultation setzt.	
18.4.2012	Der Bundesrat ruft die im Freizügigkeitsabkommen Schweiz - EU vorgesehene Ventilklausel gegenüber den Staaten der EU-8 an.	
17.4.2012		EU-Steuerkommissar Algirdas Šemeta erklärt, dass die Steuerabkommen, welche die Schweiz mit Grossbritannien und Deutschland ausgehandelt hat, «in voller Übereinstimmung mit dem EU-Recht» stehen.
20.3.2012	Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf und Bundesrat Didier Burkhalter führen in Brüssel Arbeitsgespräche mit EU-Ratspräsident Herman van Rompuy, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und EU-Parlamentspräsident Martin Schulz. Es wird vereinbart, aktuelle Dossiers im Rahmen eines koordinierten und globalen Ansatzes voranzutreiben und Lösungen für institutionelle Fragen auszuarbeiten.	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

16.3.2012	Vertreter der Schweiz und der Europäischen Verteidigungsagentur EVA unterzeichnen in Brüssel eine nicht bindende Zusammenarbeitsvereinbarung.	
1.3.2012		Am EU-Gipfel in Brüssel erhält Serbien den Status eines Beitrittskandidaten.
1.2.2012	Der Bundesrat beschliesst, bei der Weiterführung und Weiterentwicklung des bilateralen Wegs einen gesamtheitlichen und koordinierten Ansatz weiterhin zu verfolgen.	
30.1.2012		Am EU-Gipfel in Brüssel beschliessen die EU-Staaten den Fiskalpakt. Er sieht eine strengere Haushaltsdisziplin vor.
2011	Schweiz	EU
13.12.2011		Die Justiz- und Innenminister der EU-Mitgliedstaaten beschliessen die Aufnahme des Fürstentums Liechtenstein in den Schengen-Raum, die am 19. Dezember 2011 feierlich vollzogen wird.
9.12.2011		Am EU-Gipfel unterzeichnet Kroatien den Beitrittsvertrag zur Europäischen Union. Nach der Ratifizierung des Beitritts soll Kroatien ab Mitte 2013 das 28. Mitglied der EU werden.
25.11.2011	Die Schweiz und die EU nehmen Verhandlungen über das Kabotage-Recht auf. Dieses würde es Schweizer Fluggesellschaften ermöglichen, Flüge innerhalb eines einzelnen EU-Landes durchzuführen (zum Beispiel auf der Strecke Paris-Nizza). Fluggesellschaften aus dem EU-Raum hätten dieselben Rechte bei Inlandflügen innerhalb der Schweiz.	
6.9.2011	Auf Grund der Überbewertung des Schweizer Franken zum Euro, welche die Wirtschaft akut bedroht, fixiert die Schweizerische Nationalbank (SNB) eine Untergrenze des Wechselkurses von 1,20 CHF für 1 €.	
17.5.2011	Die Schweiz und die EU unterzeichnen in Brüssel das bilaterale Abkommen über den Schutz geographischer Angaben von Agrarprodukten	
25.3.2011	Beginn der Verhandlungen über eine Zusammenarbeit der Wettbewerbsbehörden	
8.3.2011	Beginn der Verhandlungen über eine Verknüpfung der CO2-Emissionshandelssysteme	
8.2.2011	Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey erörtert in Brüssel mit den Präsidenten des Europäischen Rates, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament, Herman Van Rompuy, José Manuel Barroso und Jerzy Buzek aktuelle bilaterale Themen. Mit EU-Kommissionspräsident Barroso vereinbart sie, den gesamtheitlichen und koordinierten Ansatz zu vertiefen und zu präzisieren.	
26.1.2011	Der Bundesrat beschliesst, bei der Weiterführung und Weiterentwicklung des bilateralen Wegs einen gesamtheitlichen und koordinierten Ansatz zu verfolgen.	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

2008–2010	Schweiz	EU
14.12.2010		Schlussfolgerungen des Rats der EU zum Verhältnis zur Schweiz
1.12.2010		Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD), der die Hohe Vertreterin der Union für Aussen- und Sicherheitspolitik (Catherine Ashton) unterstützt, nimmt seine Tätigkeit auf.
16.11.2010	Vertreter der Schweiz und der Europäischen Verteidigungsagentur paraphieren in Brüssel eine Vereinbarung über eine verstärkte Zusammenarbeit.	
15.11.2010	Die Mission der Schweiz bei der EU in Brüssel feiert ihr 50-jähriges Bestehen.	
15.10.2010	Durchstich des Gotthard-Basistunnels.	
21.9.2010	Beginn der Verhandlungen Schweiz-EU über eine Schweizer Beteiligung an den Satellitennavigationsprogrammen Galileo und EGNOS.	
17.9.2010	Der Bundesrat verabschiedet seinen Bericht zur Evaluation der Europapolitik 2010.	
18.8.2010	Der Bundesrat beschliesst an seiner Europaklausur, dass die Schweiz ihr Verhältnis zur EU weiterhin auf der Grundlage bilateraler sektorieller Abkommen gestalten soll.	
1.8.2010	Abkommen über die Teilnahme der Schweiz an MEDIA 2007 tritt in Kraft.	
19.7.2010	Erstes Treffen zwischen Bundespräsidentin Doris Leuthard und EU-Ratspräsidentschaft Herman van Rompuy	
1.7.2010	Neues Produktsicherheitsgesetz tritt in Kraft und bringt das Schutzniveau für technische Einrichtungen und Geräte auf EU-Niveau.	
1.7.2010	Neues Gesetz über die technischen Handelshemmnisse tritt in Kraft und führt Cassis-de-Dijon-Prinzip autonom ein.	
29.6.2010		Der Rat der EU verabschiedet sein Mandat für Verhandlungen über eine Schweizer Beteiligung an den Satellitennavigationsprogrammen Galileo und EGNOS
15.2.2010	Die Schweiz und die EU unterzeichnen in Brüssel das Bildungsabkommen	
1.1.2010	Inkrafttreten des Schengen-Informationsaustauschgesetzes (SIaG)	
1.1.2010	Inkrafttreten der geänderten Entsendeverordnung (EntsV)	
21.12.2009	Inkrafttreten Erweiterung und Anpassung des Abkommens über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen mit der EU	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

16.12.2009	Der Bundesrat verabschiedet die Mandate für Verhandlungen über eine Zusammenarbeit mit der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA) sowie über die Verknüpfung des schweizerischen Emissionshandelssystems mit demjenigen der EU	
7.12.2009	Erweiterungsbeitrag für Bulgarien und Rumänien vom Parlament genehmigt	
1.12.2009		Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon
1.7.2009	Vorläufige Anwendung des revidierten Abkommens über Zollerleichterungen und Zollsicherheit	
25.6.2009	Unterzeichnung des überarbeiteten Abkommens über Zollerleichterungen und Zollsicherheit	
1.6.2009	Inkrafttreten des Protokolls II zum Personenfreizügigkeitsabkommen	
17.5.2009	Das Schweizer Volk nimmt den Bundesbeschluss vom 13. Juni 2008 zur Einführung von elektronisch gespeicherten biometrischen Daten im Schweizer Pass und in Reisedokumenten für ausländische Personen (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) mit 50.1% zu 49.9% an. Stimmbeteiligung 38%	
8.4.2009	Vorzeitige Anwendung durch die Schweiz des Abkommens über die Betrugsbekämpfung	
13.3.2009	Der Bundesrat verabschiedet das Mandat für Verhandlungen über eine Schweizer Beteiligung an den Satellitennavigations-Programmen Galileo und EGNOS	
8.2.2009	Das Schweizer Volk nimmt die Weiterführung und Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien des Personenfreizügigkeitsabkommens mit 59.6% Ja zu 40.4% Nein an. Stimmbeteiligung 50.9%	
1.1.2009		Die Slowakei tritt der Eurozone bei. Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zählt nun 16 Teilnehmerländer.
12.12.2008	Beginn der operativen Zusammenarbeit der Schweiz und der EU im Rahmen der Sicherheits-, Visum- und Asylzusammenarbeit	
4.11.2008	Verhandlungsbeginn im Agrar- und Gesundheitsbereich	
17.10.2008	Das Referendum gegen den Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EG betreffend die Übernahme der Verordnung (EG) Nr. 2252/2004 über biometrische Pässe und Reisedokumente (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) ist mit 63'733 gültigen Unterschriften zu Stande gekommen.	
6.10.2008	Das Referendum gegen die Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit ist mit 51'348 gültigen Unterschriften zu Stande gekommen.	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

14.8.2008	Anschluss an SIS	
25.6.2008	Unterzeichnung der politischen Absichtserklärung bezüglich Erweiterungsbeitrag für Bulgarien und Rumänien	
27.5.2008	Unterzeichnung (Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien)	des des Protokolls II Freizügigkeitsabkommens
9.4.2008	Verhandlungsbeginn zum Bildungsabkommen	
1.3.2008	Formelles Inkrafttreten des Schengen/Dublin-Abkommens	
1.1.2008		Slowenien, Malta und Zypern treten der Eurozone bei. Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zählt nun 15 Teilnehmerländer.
2004–2007	Schweiz	EU
21.12.2007		Ausweitung des Schengenraumes auf neun weitere Länder (Polen, Ungarn, Slowakei, Tschechien, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta).
20.12.2007	Unterzeichnung der 10 bilateralen Rahmenabkommen Erweiterungsbeitrag in Bern	
13.12.2007		Die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten unterzeichnen den Reformvertrag (Vertrag von Lissabon) in Lissabon.
8.11.2007	Verhandlungsbeginn im Strombereich	
11.10.2007	Unterzeichnung in Brüssel der Erneuerung des MEDIA-Abkommens	
10.7.2007	Verhandlungsbeginn über die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf Rumänien und Bulgarien.	
25.6.2007	Die Schweiz und die EU unterzeichnen das Abkommen, welches die integrale Teilnahme der Schweiz an den 7. Forschungsrahmenprogrammen regelt. Das erneuerte Abkommen wird rückwirkend auf den 1. Januar 2007 angewandt.	
1.6.2007	Personenfreizügigkeit: Die Kontingente für EU-15-BürgerInnen werden aufgehoben.	
1.1.2007	Inkrafttreten des Statistik-Abkommens	
1.1.2007		Bulgarien und Rumänien treten der EU bei. Die EU zählt nun 27 Mitgliedstaaten.
26.11.2006	Das Schweizer Volk nimmt das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas mit 53,4% Ja zu 46,6% Nein an. Die Stimmbeteiligung beträgt 44,3%.	
1.4.2006	Inkrafttreten des MEDIA-Abkommens	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

1.4.2006	Inkrafttreten des Abkommens über die Umwelt	
1.4.2006	Inkrafttreten der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit sowie der Revision der flankierenden Massnahmen	
24.3.2006	Das Parlament nimmt das Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas an, das die Rechtsgrundlage für einen Beitrag an die zehn neuen EU-Staaten (Erweiterungs- oder Kohäsionsbeitrag) ist.	
27.2.2006	Die Schweiz und die EU unterzeichnen in Brüssel das Memorandum of Understanding über den Schweizer Beitrag an die erweiterte EU.	
26.10.2005	Der Bundesrat gibt sein Einverständnis für die Eröffnung einer Vertretung der Europäischen Kommission in Bern.	
25.9.2005	Das Schweizer Volk nimmt die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens und die Revision der flankierenden Massnahmen mit 56% Ja zu 44% Nein an. Stimmbeteiligung 53.8%	
1.7.2005	Inkrafttreten des Abkommens über die Zinsbesteuerung	
5.6.2005	Das Schweizer Volk nimmt die Teilnahme der Schweiz an Schengen/Dublin mit 54.6% Ja zu 45.4% Nein an. Stimmbeteiligung 56.0%	
31.5.2005	Inkrafttreten des Abkommens über die Ruhegehälter	
22.4.2005	Das Referendum gegen den Bundesbeschluss über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit und die Revision der flankierenden Massnahmen ist mit 92'901 gültigen Unterschriften zu Stande gekommen.	
6.4.2005	Das Referendum gegen die Assoziierung der Schweiz an Schengen und Dublin ist mit 86'732 gültigen Unterschriften zu Stande gekommen.	
30.3.2005	Inkrafttreten des Abkommens über landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte	
17.12.2004	Die eidgenössischen Räte genehmigen die bilateralen Abkommen II sowie die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens und die Revision der flankierenden Massnahmen.	
29.10.2004		Die Staatsscheffs der 25 EU-Mitgliedsstaaten unterzeichnen den Verfassungsvertrag in Rom.
26.10.2004	Die Schweiz und die EU unterzeichnen in Luxemburg die bilateralen Abkommen II sowie das Protokoll zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten.	
1.10.2004	Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft zu den bilateralen Abkommen II.	
25.6.2004	Die Schweiz und die EU paraphieren in Brüssel die bilateralen Abkommen II.	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

19.5.2004	Gipfeltreffen in Brüssel: die Schweiz und die EU erzielen eine politische Einigung bei den Bilateralen II, bei der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit sowie bei weiteren bilateralen Fragen	
1.5.2004	Ausdehnung der bilateralen Abkommen I auf die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten, mit Ausnahme des Personenfreizügigkeitsabkommens, dessen Ausdehnung Gegenstand neuer Verhandlungen ist.	Die EU erweitert sich um zehn neue Staaten (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern).
1994–2003	Schweiz	EU
16.7.2003	Verhandlungsbeginn über die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten	
17.6.2002	Die Schweiz und die EU eröffnen in sechs weiteren Bereichen neue bilaterale Verhandlungen: Zinsbesteuerung, Schengen/Dublin, Dienstleistungen, MEDIA, Bildung/Berufsbildung/Jugend sowie Ruhegehälter pensionierter EU-Beamter. Damit laufen die bilateralen Verhandlungen II in insgesamt zehn Dossiers.	
1.6.2002	Inkrafttreten der bilateralen Abkommen I	
1.6.2002	Inkrafttreten der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit	
1.1.2002		Der Euro ersetzt die nationalen Währungen in zwölf Mitgliedstaaten.
5.7.2001	Die Schweiz und die EU eröffnen neue bilaterale Verhandlungen zu folgenden Themen: Betrugsbekämpfung, verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, Umwelt, Statistik.	
4.3.2001	Abstimmung über die Volksinitiative "Ja zu Europa!". Diese wird mit 77% Nein zu 23% Ja und von allen Kantonen abgelehnt. Stimmbeteiligung: 55.1%	
21.5.2000	Das Schweizer Volk nimmt die sieben bilateralen Abkommen I mit 67.2 % Ja zu 32.8 % Nein an. Stimmbeteiligung: 48 %	
16.2.2000	Das Referendum gegen den Bundesbeschluss über die Genehmigung der bilateralen Abkommen I ist formell zustandegekommen. Bei der Bundeskanzlei wurden 66'733 gültige Unterschriften eingereicht.	
8.10.1999	Der Bundesbeschluss zur Genehmigung der sieben Abkommen mit der EU wird im Nationalrat mit 183 zu 11 Stimmen gutgeheissen, im Ständerat mit 45 Ja-Stimmen (ohne Gegenstimmen).	
21.6.1999	Unterzeichnung der bilateralen Abkommen I in Luxemburg	
28.4.1999	An seiner Sitzung vom 28. April 1999 verabschiedet der Bundesrat seine Botschaft zur Genehmigung der bilateralen Abkommen I zuhanden des Parlaments.	
27.1.1999	Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft zur Volksinitiative "Ja zu Europa!". Die Landesregierung stellt der Initiative einen indirekten Gegenvorschlag in der Form eines einfachen Bundesbeschlusses gegenüber.	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

11.12.1998	Politische Einigung in den bilateralen Verhandlungen I in Wien	
27.9.1998	Das Schweizer Volk nimmt das Gesetz über die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) mit 57.2% Ja zu 42.8% Nein an. Stimmbeteiligung: 51.8%	
9.6.1997	Das Komitee "Geboren am 7. Dezember 1992" zieht die Initiative "Für unsere Zukunft im Herzen Europas" zurück.	
8.6.1997	Abstimmung über die Volksinitiative der Lega/Schweizer Demokraten "EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!". Die Initiative wird mit 73.9 % Nein zu 26.1 % Ja und von allen Kantonen abgelehnt. Stimmbeteiligung: 35.4%	
30.7.1996	Die Bewegungen "Geboren am 7. Dezember 1992", "Renaissance Suisse Europe", "Junge Europäische Föderalistinnen und Föderalisten Schweiz", "Aktion Europa Dialog" und "Europäische Bewegung Schweiz" reichen die Initiative "Ja zu Europa!" mit 106'442 gültige Unterschriften ein.	
23.8.1995	In seiner Botschaft zu den Volksinitiativen "EU-Beitrittsverhandlungen vors Volk!" und "Für unsere Zukunft im Herzen Europas" empfiehlt der Bundesrat beide Initiativen ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung.	
12.12.1994	Die Schweiz und die EU eröffnen in Brüssel die Verhandlungen zu den bilateralen Abkommen I.	
31.10.1994		Der EU-Rat beschliesst die Mandate für fünf Verhandlungsbereiche (freier Personenverkehr, Forschung, landwirtschaftliche Produkte, technische Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen).
16./17.5.1994		Der EU-Rat bestimmt, dass die Schweiz die Umsetzung der Alpeninitiative klären muss, bevor die EU ihr Mandat im Strassenverkehr festlegen kann.
1951–1993	Schweiz	EU
8./9.11.1993		Der EU-Rat beschliesst die Aufnahme von Verhandlungen in vier Bereichen (Strassenverkehr; freier Personenverkehr; Forschung; freier Marktzugang)

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

		für landwirtschaftliche Produkte) und soweit als möglich in zwei weiteren Bereichen (technische Handelshemmnisse; öffentliches Beschaffungswesen), die Vorbereitung der Verhandlungsmann-date durch die Kommission, - das Prinzip des Parallelismus: Die verschiedenen Dossiers sollen zusammen verhandelt und abgeschlossen werden. Sie können auch nur zusammen gelten.
3.9.1993	Das Komitee "Geboren am 7. Dezember 1992" reicht die Volksinitiative „Für unsere Zukunft im Herzen Europas“ ein. (110'703 gültige Unterschriften).	
5.2.1993	<p>Vorschlag an die EU zur Eröffnung von Verhandlungen in 15 Bereichen. Davon sind folgende an das Freihandelsabkommen von 1972 gekoppelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Ursprungsregeln ○ passiver Textilveredelungs-verkehr ○ verarbeitete Landwirtschaftsprodukte ○ technische Handelshemmnisse (TBT) ○ öffentliches Beschaffungswesen (im Rahmen der WTO/GATT-Regelungen) ○ Produkthaftung ○ Tierschutzbestimmungen ○ Pflanzenschutzbestimmungen ○ geistiges Eigentum (v.a. Schutz geographischer Bezeichnungen und Herkunftsbezeichnungen) <p>Nicht an das Freihandelsabkommen von 1972 gekoppelt sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ Luftverkehr ○ Strassenverkehr ○ Forschung ○ Audiovisuelle Programme ○ MEDIA ○ Statistik ○ Erziehung/Bildung/Jugend 	
13.1.1993	Der Bundesrat erklärt, dass die Schweiz bis auf weiteres auf die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Gemeinschaft verzichtet.	
1.1.1993	Inkrafttreten des Versicherungsabkommens	
6.12.1992	Das Schweizervolk lehnt einen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) mit 50.3% Nein zu 49.7% Ja ab. Stimmbeteiligung: 79%	
26.5.1992	Die Schweiz stellt ein Gesuch um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft.	
10.10.1989	Die Schweiz und die EG unterzeichnen das Versicherungsabkommen	

Chronologie der Beziehungen Schweiz–EU

1989		Um Konkurrenz Nachteile für ihre Unternehmen zu verhindern beginnen die EFTA-Staaten die Verhandlungen mit der EU über einen einheitlichen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR).
3.12.1972	Das Schweizer Volk stimmt dem Freihandelsabkommen Schweiz-EWG (FHA) mit 72.5% Ja zu 27.5% Nein klar zu. Stimmbeteiligung: 52.9%	
1961	Die Schweiz deponiert das Assoziationsgesuch bei der EWG.	
25.3.1957		Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Italien und Bundesrepublik Deutschland gründen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom). EGKS, EWG und Euratom bilden die Europäischen Gemeinschaften (EG).
18.4.1951		Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Italien und Bundesrepublik Deutschland gründen die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).